

Quelle:

www.lazarus.at/2022/11/23/pflege-daheim-parlament-diskutiert-50-prozent-mehr-pflegegeld

Pflege daheim: Parlament diskutiert 50 Prozent mehr Pflegegeld

☒ Viele pflegende Angehörige rutschen selbst im Alter in die Armutsfalle, während sich Bund und Länder Milliardenkosten ersparen. Einen nachhaltigen Ausweg aus diesem Dilemma könnte das erfolgreiche „burgenländische (Dänemark-)Modell“ der Anstellung und Entlohnung von pflegenden Angehörigen für ganz Österreich sein - ein erster Schritt wäre aber auch die kräftige Erhöhung des Pflegegeldes für häuslich Gepflegte.



Acht von zehn Pflegebedürftigen werden im häuslichen Umfeld von An-/Zugehörigen betreut. Letztere geben oftmals ihre Erwerbstätigkeit hierfür ganz oder teilweise auf und verringern so über Jahre ihren eigenen Anspruch auf Alterspension - es droht geradezu zwingend der direkte Weg in die Armutsfalle. Bund und Länder dagegen ersparen sich dadurch Pflegekosten und Heimbauten in zweistelliger Milliardenhöhe jährlich. Dies ergibt eine enorme Schieflage zum Nachteil der ohnedies schon stark belasteten Angehörigen - es besteht dringender Korrekturbedarf.

Spart die „Volksvertretung“ (?) weiterhin an der völlig falschen Stelle, droht ein teurer Bumerang-Effekt

Bereits im April des Vorjahres hatet die FPÖ-Opposition drei Entschließungsanträge eingebracht, die darauf abzielen, häusliche Pflege finanziell gerechter gegenüber der öffentlichen Heimversorgung zu gestalten. Demnach sollte das Pflegegeld für jene Personen, die zu Hause betreut und gepflegt werden, in den Pflegegeldstufen³ bis 7 **um 50 % erhöht werden**, bei

laufender jährlicher Wertanpassung der Beträge.



Nun unternehmen die Nationalratsabgeordneten Christian Ragger und Dagmar Belakowitsch einen neuen Anlauf ([2933/A\(E\)](#)). Derzeit liegt das Pflegegeld in Stufe 3 bei 475,20 €, bei Stufe 7 sind es 1.776,5 € monatlich. Die damalige zusätzliche Forderung der Abgeordneten, den Demenz-Zuschlag von 25 auf 30 Stunden monatlich anzuheben, wurde dagegen bereits im Zuge der Pflegereform erst kürzlich auf 40 Stunden/Monat erhöht.

Nun berät der parlamentarische Gesundheitsausschuss neuerlich diese wichtige Frage der Besserstellung bzw. sozialen Absicherung von hunderttausenden pflegenden Angehörigen. Sollte dies zu keinen deutlichen gesetzlichen Fortschritten führen, droht eine Überforderung des häuslich-privaten Pflegesystems und eine massiv steigende Nachfrage nach - seit 2016 weitgehend kostenfreien - Heimplätzen ...